

Antrag Nr. 14-F-33-0134

CDU und SPD

Betreff:

TTIP: Risiken ausschließen, Chancen nutzen
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zu TO I/TOP 3 zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 10. Dezember 2014-

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss Nr. 0246 vom 17. Juli 2014 beschlossen, dass der Magistrat eine umfangreiche Berichterstattung - nach Vorlage von konkreten Verhandlungsergebnissen - vorlegt, welche konkreten Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Selbstverwaltung ausgehen könnten.
Im Oktober 2014 haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband Kommunaler Unternehmen ein gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen vorgelegt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss unterstützt das gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014.
2. Der Magistrat wird gebeten, die mit Beschlusspunkt 1 vertretene Haltung in geeigneter Form gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium zu vertreten.
3. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, seine Berichterstattung gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses Nr. 0246 vom 17. Juli 2014, um die Reaktion auf Beschlusspunkt 2. zu erweitern.

Wiesbaden, 11.12.2014